

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

kurz vor der Osterpause hatten wir eine ereignisreiche Plenarwoche. Am Mittwoch fand unser diesjähriger Frühjahrsempfang statt. Wir haben ihn zu Ehren von Otto Wels veranstaltet, der vor genau 80 Jahren seine legendäre Rede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis hielt. Die Rede ist ein Symbol für uns alle, eine Mahnung, Stellung zu nehmen, sich für die Demokratie stark zu machen. Otto Wels hatte den Mut, im Angesicht der Nazi-Schergen die Freiheit zu verteidigen; das ist etwas, das wir in unserer privilegierten Lage in Europa nie vergessen sollten. Zum ersten Mal haben wir am Mittwoch auf der Gedenkveranstaltung unseren Otto-Wels-Preis für Demokratie an Jugendliche verliehen. Die Preisträger hatten eindrucksvolle Bewerbungen eingereicht: ein Lernspiel mit Namen Demopoly (selbst kreiert), eine Rede über den Mut zur Freiheit und eine Collage mit dem Konterfei Wels'. Auf unserer Website findest du alle Infos dazu, auf Facebook viele Fotos.

Ein wichtiges Thema war der Equal Pay Day am Donnerstag. Wir haben uns dafür am Brandenburger Tor getroffen, um demonstrativ deutlich zu machen, dass Frauen in fast allen Berufen immer noch tendenziell weniger verdienen als Männer (Fotos auf [www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr)). Die Unternehmen hatten 50 Jahre Zeit, das freiwillig zu regeln, aber das wollten sie nicht. Nun ja, das werden wir im Herbst nun also politisch ändern, genauso, wie wir das Betreuungsgeld abschaffen und die Homo-Ehe einführen werden.

Leider ist durch die Entwicklung in Zypern auch die Schuldenkrise zurückgekehrt. Zypern steht vor dem Bankrott. Wird es zu retten sein? Das Land ist zwar größtenteils selbst Schuld, weil sein (Banken-)Modell nicht funktioniert hat, aber die Verhaltensweise der Bundesregierung hat stark zu der dramatischen Entwicklung beigetragen. Natürlich müssen die Profiteure des zyprischen Bankensystems an den Kosten beteiligt werden, aber dass Merkel und Schäuble es zugelassen haben, dass Kleinsparer geradezu enteignet werden sollten, ist unfassbar. Sie haben es nicht verhindert, damit hängen sie mit drin. Es geht gar nicht mehr darum, dass dieses Vorhaben vom zyprischen Parlament gestoppt wurde, der Vertrauenseinbruch ist da. Es zeigt sich einmal mehr: Die können es einfach nicht.

Herzliche Grüße und frohe Ostern

deine Petra Ernstberger

---

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE TERESA BÜCKER, JUDITH HAHN, MICHAEL HARTMANN, ALEXANDER  
LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, THILO KÜHNE  
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 22.03.2013 13.00 UHR

## Inhaltsverzeichnis

02	TOP-Thema: Equal Pay Day	11	Expertenkommission zur Zukunft der BStU-Behörde
04	Aktuelle Stunde: Debakel um Nord-Ostsee-Kanal	11	Kultur- und Bildungsarbeit international fördern
05	Nicht nachlassen im Kampf gegen Rechts	13	Steuervermeidung von Konzernen bekämpfen
06	Syrischen Flüchtlingen helfen	13	Kleine und mittlere Unternehmen stärken
07	Keine Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür	14	Maritime Wirtschaft stärken
08	Zusammenarbeit von Bundestag und Bundesrat in EU-Fragen regeln	14	Schlichtung für Luftfahrtunternehmen
09	Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren	14	Empfang: SPD-Fraktion gedenkt Otto Wels
10	Rentenzahlungen für Beschäftigte in Ghettos	16	Verleihung des Otto-Wels-Preises
		17	Diskussionsrunde: Fraktion kontrovers

## TOP-THEMA

### SPD-Fraktion zeigt Flagge beim Equal-Pay-Day

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Den Auszug aus Artikel 3 des Grundgesetzes zitierte Peer Steinbrück zum Equal Pay Day. Gegen diesen Artikel verstoße die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

Steinbrück wies auf die Pflicht der Politik hin, für die Gleichstellung der Geschlechter auch bei der Entlohnung zu sorgen. Am 21. März organisierte ein Bündnis aus Deutschem Gewerkschaftsbund, Sozialverband Deutschland und Deutschem Frauenrat eine Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin, um die Öffentlichkeit auf die ungleiche Entlohnung der Geschlechter hinzuweisen. Das ist seit 2008 zur Tradition geworden, eine Tradition, die die SPD-Fraktion von Herbst 2013 an durch ein Entgeltgleichheitsgesetz beenden will. Die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern beträgt in Deutschland noch immer knapp 22 Prozent bei gleicher Arbeit und Position. Das ist nur ein Prozent weniger als in den vergangenen sechs Jahren. Bei diesem Tempo würde Lohngleichheit erst in 132 Jahren erreicht werden.

#### Steinbrück will 2013 zum Jahr der Gleichstellung machen

Auf den Pariser Platz kamen bei eisigen Temperaturen neben Gewerkschaften und Sozialverbänden bis auf die FDP auch alle im Bundestag vertretenen Parteien. Für die SPD-Fraktion redete Peer Steinbrück, der sich vehement für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit einsetzte. Dabei forderte er die CDU-Fraktion auf, für den Gesetzentwurf der SPD zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebotes für Frauen und Männer zu stimmen. Darüber wird am 22. März der Deutsche Bundestag entscheiden. „2013 könnte das Jahr der Gleichstellung werden“, sagte Steinbrück. Er hoffe, dass diese Kundgebung dann im nächsten Jahr nicht mehr stattfinden müsse.

Der Equal Pay Day am 21. März 2013 ist jener Tag, an dem Frauen das Gleiche verdienen haben, was Männer bereits am 31. Dezember auf ihrem Konto hatten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung vertraten gemeinsam den Tenor, dass diese Form von

Lohndiskriminierung sozial völlig ungerecht sei. Mit Schwarz-Gelb wird sich daran nichts ändern. Wenn überhaupt, heißt es von Union und FDP nur lapidar: Frauen müssten ihre Löhne besser verhandeln. Ansonsten gibt es allenfalls Lippenbekenntnisse, aber keine Taten. Doch Appelle an die Wirtschaft bringen nichts. Die Unternehmen hatten seit Bestehen des rechtlichen Grundsatzes der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern mehr als 50 Jahre Zeit, die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern abzuschaffen. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung äußerten während der Rede der Vertreterin der CDU/CSU-Fraktion ihren Unmut über die schwarz-gelbe Politik, die Gleichstellung eher konterkariert anstatt sie voranzubringen: Spontan riefen sie: „Betreuungsgeld weg!“

### **Entgeltgleichheitsgesetz der SPD-Fraktion sorgt für Gerechtigkeit**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Entgeltgleichheitsgesetz Verfahren entwickelt, die sicherstellen, dass Unternehmen in ihrem Betrieb gleiche Löhne für Frauen und Männer zu sorgen haben. Zunächst werden die Betriebe verpflichtet, ihre Gehaltsstrukturen offen zu legen. Wird dabei eine Lohndiskriminierung von Frauen festgestellt, sind die Betriebe verpflichtet zu handeln. Tun sie es nicht, drohen ihnen Bußgelder in einer Höhe von bis zu 500.000 Euro. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll bei der Durchsetzung von Entgeltgleichheit eine zentrale Rolle spielen.

Pünktlich zum Equal-Pay-Day stellt die SPD-Fraktion anhand einer Infografik zum Lebenslauf der Figur Elli dar, wie ihre Gleichstellungspolitik wirkt und dass sich nichts bessert, wenn sich weiter schwarz-gelbe Politik in unserem Land durchsetzt. Die Grafik ist als Flyer beziehbar und auf der Website der Fraktion.

## **Frauen verdienen mehr!**

Einen Tag nach dem Equal-Pay-Day debattierte der Bundestag über den Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion für ein Entgeltgleichheitsgesetz, mit dem das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer festgeschrieben werden soll.

SPD-Fraktionschef Frank Walter Steinmeier wies in der Debatte darauf hin, dass bereits die ersten weiblichen Abgeordneten in der Weimarer Republik „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ gefordert hätten. „Sie hätten sich nicht träumen lassen, dass wir 90 Jahre später immer noch über diese Forderung diskutieren“, sagte Steinmeier.

Zehn Wochen oder 57 Arbeitstage mussten die Frauen in Deutschland länger arbeiten, um den gleichen Jahreslohn zu erreichen, den ihre männlichen Kollegen bereits am 31. Dezember 2012 verbuchen konnten. Darauf weist der Equal-Pay-Day jedes Jahr aufs Neue hin. „Ziel muss es sein, dass der Equal-Pay-Day in Zukunft auf den 1. Januar fällt“, forderte Steinmeier. Dazu müsse endlich eine gesetzliche Regelung her, denn Appelle an die Wirtschaft änderten nichts. Außerdem sei die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen kein individuelles Problem, weil sie zu bescheiden seien oder schlecht verhandeln würden.

### **Per Gesetz gleichen Lohn für gleiche Arbeit erreichen**

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gesetzlich verankern, dass die Unternehmen ab 15 Beschäftigten zunächst ihre Gehaltsstrukturen offenlegen. Wird dadurch die Lohndiskriminierung von Frauen festgestellt, ist der Arbeitgeber gefordert, diese zu beseitigen. Kommt das Unternehmen dem nicht nach, greifen Sanktionen bis hin zu einem Bußgeld in Höhe von 500.000 Euro. Damit will die SPD-Fraktion die Lohnlücke überwinden.

Ein modernes Land und eine moderne Wirtschaft brauchten alle Talente, sagte Frank-Walter Steinmeier. Denn ohne Gleichstellung komme Deutschland nicht voran.

Immer noch werden Frauen systematisch benachteiligt. Dazu gehört, dass sogenannte Frauenberufe wie die Altenpflege schlechter bezahlt werden als vermeintlich klassische Männerberufe. Außerdem unterbrechen Frauen wegen fehlender Kita-Plätze nach wie vor ihre Erwerbstätigkeit, und je länger sie aus dem Job raus sind, umso größer wird die Lohnlücke gegenüber der Bezahlung von Männern. Dazu kommt dass, Frauen oft in der Teilzeit- oder in der Minijobfalle landen. Doch auch bei gleicher Qualifikation werden Frauen schlechter bezahlt, und sie gelangen seltener in Führungspositionen.

Die Rezepte zur Bekämpfung der Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz lägen mit dem Entgeltgleichheitsgesetz und der Frauenquote längst auf dem Tisch, „aber nichts davon sei mit der Regierung zu machen“ beklagte Steinmeier. SPD-Fraktionsvizin Elke Ferner merkte dazu an, das Schwarz-Gelb nach dem Prinzip verfare: „Ich habe keine Lösung, aber bewundere das Problem.“ Sie machte darauf aufmerksam, dass die Lohndiskriminierung bereits heute verboten sei. Doch für ihr Recht auf gleichen Lohn müssen Frauen heute den individuellen Klageweg beschreiten. Was sie aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, in der Regel nicht tun. Ferner wies darauf hin, dass eine Regierung neues Recht schaffen müsse, wenn bestehendes Recht nicht ausreiche.

### **Betreuungsgeld und Ausweitung der Minijobs verschärfen Lohndiskriminierung**

Frauen seien auch nicht selber daran schuld, dass sie weniger verdienen. Doch die Regierung verschärfe das Problem, in dem sie das Betreuungsgeld einführe, die Minijobs ausweite und nichts für die Rückkehr von Teilzeit- in Vollzeitarbeit tue. Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Christel Humme, fügte hinzu, dass die Regierung die Mittel für den Equal-Pay-Day aufgestockt habe, zeige, dass sie nicht davon ausgehe, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen zu können. Wenn es beim bisherigen Tempo bleibe, werde die Lohngleichheit erst in 132 Jahren erreicht. Es dürfe nicht hingenommen werden, dass die Rechte von 17 Millionen erwerbstätigen Frauen in Deutschland mit Füßen getreten werden, sagte die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion, Gabriele Hiller-Ohm.

## **AKTUELLE STUNDE**

### **Debakel um Nord-Ostsee-Kanal beenden**

Gut 14 Tage vor der „Nationalen Maritimen Konferenz“ in Kiel hat auf Verlangen der SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Probleme beim Nord-Ostsee-Kanal – Auswirkungen der Politik von Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer auf den maritimen Wirtschaftsstandort“ stattgefunden.

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist die meist befahrenste künstliche Wasserstraße weltweit. Durch diesen mehr als 100 Jahre alten Kanal fahren mehr Schiffe als durch den Panama- oder den Suezkanal. Die Abkürzung zwischen Nord- und Ostsee erspart die Tour über Skagen und damit 800 Kilometer. Der Nord-Ostsee-Kanal ist nicht nur wichtig für die regionale Wirtschaft im Norden, sondern für den deutschen Außenhandel insgesamt. Die Verbindung zwischen Nord- und Ostsee ist ein Wettbewerbsvorteil für die deutschen Seehäfen, die in harter Konkurrenz zu Rotterdam und Antwerpen stehen. Auch vor dem Hintergrund steigender Energiepreise nimmt der Kanal eine wichtige Rolle ein.

### **Modernisierung des Kanals dringend notwendig**

Seit Mitte der 90er-Jahre ist das Ladungsaufkommen auf dem Kanal kontinuierlich gestiegen. Gleichzeitig nimmt auch die Größe der Schiffe zu, die den Kanal passieren. Doch die Infrastruktur des Kanals muss schleunigst modernisiert werden, um der Entwicklung standhalten zu können. Beide Großschleusen in Brunsbüttel sind älter als 100 Jahre. Auf Grund von Verschleißerscheinungen, haben die Sperrzeiten für die Schleusen zugenommen. Vor

allem große Schiffe können den Kanal immer häufiger nicht nutzen und müssen den Umweg über Skagen in Kauf nehmen oder Wartezeiten auf dem Kanal. Unter Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) wurde 2007 ein Gesamtkonzept zur Modernisierung des Kanals erarbeitet. Dazu zählt nicht nur der Bau einer dritten Großschleuse in Brunsbüttel, sondern auch die Vertiefung des Kanals und der Brückenneubau. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden im Jahr 2009 mehr als 270 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Und obwohl seit 2010 Planungsrecht vorlag, wurde nicht gebaut.

### **Ramsauer schadet der maritimen Wirtschaft in Deutschland**

In der Debatte forderte der Verkehrs- und Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Reinhard Meyer (SPD), Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) auf, endlich den Kreislauf von Fatalismus und Aktionismus zu durchbrechen und einen Masterplan mit allen Sanierungsmaßnahmen für den Nord-Ostsee-Kanal vorzulegen. Die sozialdemokratische Haushaltspolitikerin Bettina Hagedorn warf Ramsauer vor, die für die Kanalmodernisierung bereitgestellten Millionen für andere Projekte eingesetzt zu haben. Der Minister solle endlich Geld für das Gesamtprojekt in Höhe von 1,2 Milliarden Euro und ausreichend Personal im Haushalt 2014 verankern. Johannes Kahrs, ebenso SPD-Haushälter, forderte von Ramsauer, als Bayer auch die Belange des Nordens in den Blick zu nehmen. Die Nutzer des Kanals müssten Planungssicherheit bekommen. Dazu müssten wichtige Aufgaben auch parallel abgearbeitet werden, um Zeit zu gewinnen. Der Minister habe dreieinhalb Jahre geschlafen.

Der Hamburger SPD-Abgeordnete Ingo Egloff wies den Bundesbauminister darauf hin, dass die Hafenanbindung durch den Nord-Ostsee-Kanal für ganz Deutschland wichtig sei. Er fügte hinzu, dass allein in der Metropolregion Hamburg 160.000 Arbeitsplätze mit dem Hafen verbunden seien und 80.000 weitere in Gesamtdeutschland. Uwe Beckmeyer, maritimer Koordinator der SPD-Fraktion, stellte fest, dass der Stau am Nord-Ostsee-Kanal die maritime Wirtschaft in ganz Deutschland gefährde. Schon heute müssten Reedereien lange Wartezeiten und Umwege in Kauf nehmen. Damit entstünden den deutschen Seehäfen Standortnachteile. Es sei nur dem Engagement der Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu verdanken, dass Engpässe im Kanal provisorisch beseitigt werden konnten.

## **RECHTSEXTREMISMUS**

### **Nicht nachlassen im Kampf gegen Rechts**

Nicht zuletzt die Mordserie des NSU hat gezeigt, dass Rechtsextremismus eine gefährliche Bedrohung für Deutschland ist. Die Bundestagsfraktion der SPD bringt daher an diesem Donnerstag einen Antrag im Bundestag ein: „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus weiterentwickeln“ (Drs. 17/9975).

Trotz der positiven Ansätze im Kampf gegen Rechts zeigen aktuelle Beispiele, dass die Anstrengungen der Bundesregierung intensiviert werden müssen.

Aufsehen erregte vor allem die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte im Umbruch – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012“. Die Ergebnisse machen deutlich, dass der Hang nach rechts in der deutschen Gesellschaft nach wie vor sehr stark ist. Seit 2004 steigen die Tendenzen. Damals galt noch jeder vierte Deutsche als ausländerfeindlich. Jetzt gaben sogar 39 Prozent der Ostdeutschen an, eine abneigende Einstellung gegenüber Fremden zu haben. In den alten Bundesländern bekannte sich jeder fünfte. Auch Antisemitismus und Chauvinismus nehmen nicht ab.

Die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag verlangen deshalb von der Bundesregierung, weitere politische Kampagnen und kulturelle Kooperationen zu fördern. Dafür müsse eine

ausreichende Finanzierung sichergestellt werden, auch für die Unterstützung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Es bedürfe einer kritischen Evaluierung der Auswirkungen politischer Praktiken der Bundesregierung auf eine antirassistische Zivilgesellschaft, wie es im Antrag der SPD-Fraktion heißt. Außerdem müsse ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Ausdruck „Rasse“ durch eine geeignete Formulierung im Grundgesetz ersetze. Alle Menschen sind gleich und stammen von einer Art ab, niemand dürfe in unterschiedliche „Rassen“ eingeteilt werden, die solche Assoziationen oft hervorgerufen.

Die Weiterentwicklung des Aktionsplans soll dazu beitragen, dass Fremdenfeindlichkeit in Deutschland keinen Nährboden findet, um die demokratischen Prinzipien unserer politischen und gesellschaftlichen Kultur zu gefährden. Dafür müsse sich, wie im Antrag steht, der Nationale Aktionsplan auf die gesamte Gesellschaft beziehen. Eine Stütze sollen dabei integrationspolitische Maßnahmen darstellen. Somit werde sich kein Bürger mehr darauf beziehen können, dass die Integrationsbereitschaft von Migrantinnen und Migranten die Fremdenfeindlichkeit einiger Deutscher erst hervorrufe.

## INNERES

### Deutschland muss syrischen Flüchtlingen helfen

Vor mehr als zwei Jahren ist Syrien im Bürgerkrieg versunken. Das ganze Land ist erschüttert und beinahe in Schutt und Asche gelegt. In dieser Woche wurden sogar erste Giftgas-Angriffe aus Syrien gemeldet. Die Lage ist unübersichtlich, im ganzen Nahen Osten.

Auch die Anrainerstaaten sind betroffen von dem Konflikt. Sie sind zum Teil überfordert mit dem Ansturm von Flüchtlingen, die vor dem Kugel- und Bombenhagel über die Grenze fliehen. Im Flüchtlingscamp Zaatari im Norden Jordaniens waren bereits im Januar 84.000 Menschen untergebracht, seitdem kamen jeden Tag viele hinzu.

Die ersten syrischen Bürger haben vorerst in der Bundesrepublik eine sichere Bleibe gefunden. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, begrüßt die Aufnahmebereitschaft: "Es ist richtig, dass Deutschland nicht länger wartet, sondern beherzt anpackt. Die Aufnahme ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den Menschen vor Ort ebenso wie mit Syriens Nachbarstaaten." In diesem Juni sollen 5000 Menschen aus dem Krisengebiet nach Deutschland kommen. 8000 Asylbewerber wurden bereits 2012 aufgenommen.

#### Zentrales Kriterium ist die Schutzbedürftigkeit

Dennoch hausen noch immer viele Familien, Alte, Kranke, Kinder und Frauen in den Flüchtlingscamps an der syrischen Grenze. Trotz der bisherigen Hilfen dürften die Bemühungen um eine gemeinsame EU-weite Aufnahme aber nicht aufgegeben werden: „Je mehr Mitgliedstaaten nun helfen, desto mehr Menschen können gerettet werden," sagte Hartmann in einem Statement zur Flüchtlingssituation.

Die Fraktion der SPD fordert daher, dass sich die Bundesregierung gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzt, dass zeitnah eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge ergriffen wird. Ein zentrales Kriterium für die Aufnahme ist die besondere Schutzbedürftigkeit. Vor allem religiösen Minderheiten, Folteropfern, traumatisierten Flüchtlingen, Kindern, Frauen und Alten müsse laut einem SPD-Antrag - an diesem Donnerstag in den Bundestag eingebracht - besonders geholfen werden (Drs. 17/12820).

Mit der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen und der Mobilisation anderer EU-Staaten würde Deutschland einen wichtigen Beitrag zum internationalen Flüchtlingsschutz leisten. Die EU-Staaten sind bereits von vielen Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtlern für die

Abschottung Europas gegenüber Flüchtlingen kritisiert wurden. Es muss umgedacht werden, ganz im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“ (Art. 14 Abs. 1 AEMR).

## Keine Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür

*Ein Blogbeitrag von Michael Hartmann*

Diese Woche wurde der Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und zur Neuregelung der Bestandsdatenauskunft“ (Drs.17/12034) mit einem gemeinsamen Änderungsantrag der CDU/CSU-, FDP- und SPD-Fraktion im Bundestag beschlossen. Es ist uns gelungen, die Regierungskoalition von deutlichen Verbesserungen im Rechtsschutz für die Betroffenen zu überzeugen: Auf unsere Initiative enthält das Gesetz jetzt unter anderem Regelungen zu Benachrichtigungspflichten und einen Richtervorbehalt für besonders sensible heimliche Maßnahmen.

Eine Neuregelung der Bestandsdatenauskunft war zwingend erforderlich: Mit der Gesetzesnovelle muss bis Ende Juni 2013 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden. Die Bestandsdatenauskunft regelt, dass Telekommunikationsanbieter den zuständigen Stellen Auskunft zu den bei ihnen gespeicherten Kundendaten geben müssen, wenn dies im Einzelfall erforderlich ist. In keinem Fall erhalten die Behörden aber Informationen über konkrete Verbindungsdaten (also Verkehrsdaten im Gegensatz zu Bestandsdaten), das heißt wer wann mit wem telefoniert hat oder wo sich ein Handy zu einer bestimmten Zeit befunden hat. Eine „Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür“ ist es also gerade nicht. Dabei reichen die Anforderungserfordernisse von der Aufklärung von Kinderpornographie im Netz bis zur Ermittlung des Telefonanschlusshabers zur Rettung bei angekündigtem Suizid. Daher wird die grundsätzliche Notwendigkeit der Bestandsdatenauskunft nicht in Frage gestellt. Diese Einschätzung teilt explizit auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, in seiner Stellungnahme in der Anhörung des Deutschen Bundestages am 11. März 2013: „Dabei bin ich mir der grundsätzlichen Notwendigkeit der Bestandsdatenauskunft als Mittel einer effektiven Strafverfolgung durchaus bewusst“.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat nun den Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und zur Neuregelung der Bestandsdatenauskunft“ spät, fast zu spät, vorgelegt. Dieser Regierungsentwurf adressierte ganz eng nur die Korrekturanforderungen des Verfassungsgerichts. Man plante eine Minimalumsetzung dessen, was man gerade noch für verfassungsrechtlich vertretbar hielt. Das ging uns nicht weit genug. Wir gießen jetzt nachträglich das rechtsstaatliche Fundament unter den Rohbau des Koalitionsentwurfs zur Bestandsdatenauskunft. Durch den von der SPD-Fraktion maßgeblich mitverantworteten Änderungsantrag im Bundestag wird der Anwendungsbereich der Bestandsdatenauskunft insgesamt klarer gefasst. In den bundesgesetzlichen Rechtsgrundlagen gibt es jetzt bei Auskünften über dynamische IP-Adressen und über Zugangssicherungs\_codes Benachrichtigungspflichten, bei heimlichen Auskünften auf Zugangssicherungs\_codes zusätzlich einen Richtervorbehalt bzw. eine Befassung der G10-Kommission. Zur weiteren Entwicklung des Standards IPv6 wurde eine Berichtspflicht der Bundesregierung festgeschrieben. Vor allem durch die jetzt aufgenommenen Benachrichtigungspflichten haben Betroffene jetzt die Gewähr, gegen ihrer Ansicht nach rechtswidrige Auskünfte effektiven Rechtsschutz in Anspruch nehmen zu können.

### Prüfung durch einen Richter ist nicht umgehbar

Teilweise wird noch kritisiert, dass es eine Eilfallregelung gibt, die eine Abfrage von Zugangssicherungs\_codes ohne Richtervorbehalt ermöglicht. Das ist allerdings eine übliche

Standardregelung, die es an vielen Stellen zum Beispiel in der Strafprozessordnung gibt. Auch im Eilfall ist die gerichtliche Entscheidung zudem unverzüglich nachzuholen, so dass das Erfordernis einer Prüfung durch einen Richter selbst im Eilfall gerade nicht umgangen werden kann. Für den Zugriff durch Nachrichtendienste ist – im Einklang mit der sonstigen Rechtssystematik – eine Kontrolle durch die G10-Kommission sichergestellt, die als unabhängiges und an keine Weisungen gebundenes Organ über die Zulässigkeit der durch die Nachrichtendienste des Bundes durchgeführten Beschränkungsmaßnahmen im Bereich des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses zu befinden hat. Die Behauptung mancher, dass bei einer Beschlagnahme beispielsweise eines Mobiltelefons der Richtervorbehalt entbehrlich sei, ist unzutreffend: Selbstverständlich steht bereits die Beschlagnahme selbst unter einem Richtervorbehalt. Es wurde lediglich darauf verzichtet, den Sachverhalt doppelt durch einen weiteren Richter erneut prüfen zu lassen. Nicht zu beanstanden ist schließlich, dass auch Ordnungswidrigkeiten ein Anlass zur Einholung einer Bestandsdatenauskunft sein können: Ordnungswidrigkeiten sind nicht immer nur Lappalien, sondern können schwere Rechtsverstöße zum Beispiel im Wirtschaftsrecht oder beim Datenschutz betreffen. Selbstverständlich müssen dann auch Telekommunikationsbestandsdaten des Betroffenen ermittelt werden können. Das ist, anders als dies vereinzelt behauptet wird, auch nicht verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur Bestandsdatenauskunft dazu ausdrücklich erklärt: „Angesichts des für sich gesehen begrenzten Informationsgehalts der betreffenden Daten sowie ihrer großen Bedeutung für eine effektive Aufgabenwahrnehmung ist diese Weite der Vorschrift jedoch verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.“ (BVerfG, 1 BvR 1299/05 vom 24.1.2012, Absatz-Nr. 177)

Sicher kann man sich immer mehr wünschen, und selbstverständlich ist es ein Kompromiss. Aber es ist ein guter Kompromiss. Wenn wir uns wie Grüne und Linke auf die pauschale Ablehnung des Regierungsentwurfs der schwarz-gelben Koalition beschränkt hätten, gäbe es jetzt wohl keine einzige der vielen Verbesserungen des Gesetzes. Das können wir zu Recht auf der Erfolgsbilanz der SPD notieren. Nach außen dokumentieren wir das nun mit dem gemeinsamen Änderungsantrag und unserer Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf in der dann geänderten Fassung.

## EUROPA

### **Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag in EU-Fragen regeln**

Die Europäische Union hat weitere Integrationsschritte vollzogen und neue Instrumente der Zusammenarbeit geschaffen. Dazu gehören sowohl die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) als auch der Euro-Plus-Pakt, der Fiskalvertrag und das Europäische Semester. Soweit es sich dabei um völkerrechtliche Verträge und intergouvernementale Vereinbarungen handelte, war bisher unklar, wie Bundesregierung und Bundestag zusammen wirken. Das Bundesverfassungsgericht hat die Unterrichts- und Mitwirkungsrechte des Bundestages daraufhin konkretisiert.

Ein gemeinsamer Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sieht vor, dass die Bundesregierung den Bundestag über völkerrechtliche Verträge und intergouvernementale Vereinbarungen unterrichten muss, die das Recht der Europäischen Union betreffen. Das Gesetz regelt zudem Form, Zeitpunkt und Umfang der Unterrichtung durch die Bundesregierung. Das soll sicherstellen, dass der Bundestag sich rechtzeitig eine Meinung bilden und auf Verhandlungslinien und Abstimmungsverhalten der Bundesregierung Einfluss nehmen kann. Auch die Zusammenarbeit im Bereich Gemeinsame Außen- und



Sicherheitspolitik, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Beitrittsverhandlungen und Einführung des Euro in einem Mitgliedstaat wird geregelt.

## SOZIALES

# Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren

Mit dem Wandel der Arbeitswelt nehmen die physischen und psychischen Belastungen zu. Die Verdichtung der Arbeit, steigende Arbeitszeiten, immer mehr Schicht, Abend- und Nachtarbeit, steigende inhaltliche Anforderungen, Kostenoptimierung und Personalabbau erhöhen den psychosozialen Druck auf Beschäftigte.

Wer dauerhaft unter Stress leidet ist gefährdet, psychosomatische Erkrankungen oder psychische Störungen zu erleiden, die häufig chronisch werden. Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2012 zeigt, dass psychische Störungen mittlerweile häufig zu langer Arbeitsunfähigkeit beitragen und auch die „Haupterkrankungsursache für Frühberentungen“ sind. Im Jahr 2012 lag der „Anteil psychischer Erkrankungen an allen Erwerbsminderungsrenten“ bei 41 Prozent (1996 waren es 20,1 Prozent) und das durchschnittliche Zugangsalter der Erkrankten bei rund 48 Jahren.

### Arbeitgeber leisten zu wenig beim Arbeitsschutz

Gleichzeitig belegen diverse Studien, dass die Arbeitgeber ihre gesetzlich festgeschriebenen Pflichten im Arbeitsschutz häufig nicht oder nur unzureichend umsetzen und so die Gesundheit der Beschäftigten gefährden. Auch das Engagement im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung ist unzureichend. Die Arbeitgeberverbände fordern die Betriebe nicht auf, ihrer Pflicht nachzukommen, geschweige denn zusätzliche Angebote zur Erhaltung der Gesundheit der Beschäftigten zu unterbreiten.

Die schwarz-gelbe Regierung setzt sich nicht für die Einhaltung der bereits vorhandenen gesetzlichen Vorschriften des Arbeitsschutzes ein. Wie üblich werden Konferenzen abgehalten und Ankündigungen gemacht. Die von Arbeitsministerin von der Leyen angepreiste gemeinsame Erklärung mit den Sozialpartnern zur psychischen Gesundheit bei der Arbeit ist in letzter Sekunde an den Arbeitgebern gescheitert. Wenn überhaupt, ist die Bundesregierung nur zu minimalen Änderungen des Arbeitsschutzes bereit. Doch sie tut nichts Substanzielles, um gegen übermäßigen Stress in der Arbeitswelt vorzugehen.

### SPD-Fraktion legt Maßnahmenkatalog vor

Mit ihrem Antrag „Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten erhalten – Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren“ (Drs. 17/12818) hat die SPD-Fraktion einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, um den Arbeitsschutz zu verbessern.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit („Anti-Stress-Verordnung“) einführen. Damit soll eine Regelungslücke im Arbeitsschutz geschlossen werden. Die Verordnung soll die Gestaltung der Arbeitsaufgabe, der Arbeitsorganisation, die sozialen Bedingungen am Arbeitsplatz, die Gestaltung der Arbeitszeit sowie der Arbeitsplatz- und Arbeitsbedingungen umfassen. Außerdem soll das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) in den Unternehmen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Arbeitgeber werden dazu verpflichtet, ein Wiedereingliederungsgespräch mit Beschäftigten zu führen, die im Laufe des letzten Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig waren. Die Ergebnisse daraus sind zu dokumentieren. Setzen Betriebe das BEM nicht um,

sollen künftig Sanktionen gegen sie verhängt werden. Das BEM soll auch bei innerbetrieblichen Konflikten (im Extremfall Mobbing) angewendet werden. Beschäftigte, die ihre Arbeit aufgrund von Konflikten nicht mehr ausüben können, sollen die Möglichkeit haben, den Arbeitsplatz innerbetrieblich zu wechseln.

Die Arbeitnehmervertretung soll ein echtes Mitbestimmungsrecht bei der Umgestaltung von Arbeitsplätzen erhalten. Die Krankenkassen sind verstärkt bei der betrieblichen Gesundheitsförderung einzubeziehen. Zusätzlich sollen in allen Betrieben Gefährdungen am Arbeitsplatz beurteilt und dokumentiert werden. Dabei sind auch psychische Gefährdungen zu erfassen. Die Aufsichtsbehörden der Länder und Unfallversicherungsträger sollen die Umsetzung überwachen und gegebenenfalls Verstöße sanktionieren.

Außerdem soll die Aufnahme psychischer Erkrankungen in die Berufskrankheitenliste geprüft werden. Dadurch können nicht nur die Prävention, sondern auch Rehabilitation und Entschädigung durch die Unfallversicherung für die Betroffenen ermöglicht werden.

### **Reha-Budget erhöhen – flexible Übergänge in die Rente schaffen**

Die Bundesregierung soll eine umfassende Strategie zur Weiterentwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes erarbeiten. Die Aufsichtsbehörden der Länder und Unfallversicherungsträger sind dazu zu stärken, indem einheitliche Ausbildungsstandards eingeführt werden und die Zahl der Betriebsärzte, Arbeitsmediziner sowie das Personal der Arbeitsschutzaufsicht erhöht wird. Darüber hinaus will die SPD-Fraktion das Budget für Rehabilitationsmaßnahmen (Reha-Deckel) durch den Einbezug der demografischen Entwicklung erhöhen. Damit soll die Finanzierung von Präventions- und Rehabilitationsleistungen sichergestellt werden.

Älteren Beschäftigten, die weniger leistungsfähig sind, soll der Übergang in die Rente erleichtert werden. Zum Ausgleich von Abschlägen bei der Rente sollen Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung eingezahlt werden können. Darüber hinaus soll eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr eingeführt werden bzw. flexible Übergangsmodelle.

Zentral ist für die SPD-Fraktion, dass nur gesunde und motivierte Mitarbeiter erwerbstätig sein können. Mit Blick auf den demografischen Wandel muss deshalb ein umfassender Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben auch im Interesse der Arbeitgeber sein.

## **Rentenzahlung ab 1997 für Beschäftigte in Ghettos ermöglichen**

Der Deutsche Bundtag hat im Jahr 2002 einstimmig das „Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto und zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch“ (ZRBG) beschlossen. Dadurch sollten Menschen, die in einem unter NS-Verwaltung stehenden Ghetto abhängig beschäftigt gewesen sind, Anspruch auf eine gesetzliche Rente erwerben. Bei korrekten Voraussetzungen sollte bei fristgerecht eingegangenen Anträgen bis zum 30. Juni 2003 eine rückwirkende Zahlung ab 1. Juli 1997 erfolgen.

Allerdings wurde der überwiegende Anteil der etwa 70.000 Anträge abgelehnt. Das wird mit Unklarheiten bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Ansprüche seitens der Rentenversicherung begründet. Bis zum Juni 2012 ist deshalb nur in 9500 Fällen eine Rente vom 1. Juli 1997 an gewährt worden. 2009 hatte das Bundessozialgericht (BSG) die Kriterien für die Gewährung einer Rente nach dem ZRBG gelockert und den Rentenversicherungsträgern eine sichere Grundlage für die Beurteilung der Ansprüche gegeben. Diese überprüften nach dem Urteil des BSG alle 49.560 abgelehnten Anträge. Davon

konnten 25.153 Anträge positiv bewilligt werden. Doch diese Menschen, die unter NS-Herrschaft gezwungen waren, in einem Ghetto zu leben, erhielten ihre Rente nicht rückwirkend von 1. Juli 1997 an, sondern erst ab dem Jahr 2005. Das beruht auf der allgemein gültigen Rückwirkung des Sozialrechts von vier Jahren. Davon sind rund 22.000 noch lebende NS-Opfer betroffen.

Hier wollen die Fraktionen von SPD und Bündnis90/die Grünen Abhilfe schaffen. Deshalb haben sie gemeinsam den Antrag „Rentenzahlungen für Beschäftigten in einem Ghetto rückwirkend ab 1997 ermöglichen“ (Drs. 17/10094) in den Bundestag eingebracht. Darin schlagen sie zwei Wege vor: Zum einen könne über das Rentenrecht eine Nachzahlung gewährt werden, wozu jedoch eine Renten Neuberechnung notwendig sei. Zum anderen wäre es möglich, über die sog. Anerkennungsrichtlinie von 2011 eine Ausgleichszahlung für die entgangenen Rentenzahlungen zu leisten.

## KULTUR

### **SPD fordert Expertenkommission zur Zukunft der BStU-Behörde**

Im Januar hat die Bundesregierung den im Koalitionsvertrag angekündigten „Bericht zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ beschlossen und dem Bundestag übergeben (Drs. 17/12115). Für diesen Freitag hatten die Koalitionsfraktionen dazu eine Plenardebatte angesetzt.

Der Bericht bildet die vielfältige „Aufarbeitungslandschaft“ in Deutschland ab, die in den vergangenen 23 Jahren zur Aufklärung über die SED-Diktatur entstanden ist. Er bietet einen Überblick über Einrichtungen und Initiativen. Das ist lobenswert, aber nicht genug. Bedauerlicherweise fehlen dem Bericht der Bundesregierung Kriterien, um den „Stand der Aufarbeitung“ zu bewerten und Schlussfolgerungen zu ziehen. Aktuelle und länger bekannte Probleme spart der Bericht aus. Zu einer für die Aufarbeitung zentralen Frage schweigt er völlig: die Zukunft der Stasiunterlagenbehörde (BStU-Behörde).

Die SPD-Fraktion fordert die Koalitionsfraktionen auf, endlich die angekündigte Expertenkommission einzusetzen, die Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Behörde erarbeiten soll. Die Experten sollten in dieser Legislaturperiode mit der Arbeit beginnen. So steht es in der 2008 vom Bundestag beschlossenen Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption, und so steht es im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb. Die Koalition missachtet beides und verweigert sich der Debatte über die Zukunft des BStU. Dringliche Aufgaben zur Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur bleiben unerledigt.

### **Kultur- und Bildungsarbeit auch international fördern**

Bereits im September 2011 legte die Bundesregierung ihr neues Konzept der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) vor – „Cultural Diplomacy“ ist das Stichwort. Was heißt das eigentlich? Und warum wurde das Konzept geändert? Das wollte die SPD-Fraktion bereits 2012 in einer Großen Anfrage wissen (Drs. 17/9839). Eine befriedigende Antwort blieb aber aus. Deshalb kam das Thema am Donnerstag erneut im Plenum zur Sprache. Die SPD-Fraktion legte einen Entschließungsantrag mit dem Titel „Paradigmenwechsel im Konzept zur

Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes vom September 2011“ (Drs. 17/12841) vor.

Vor der Umwandlung beruhte die AKBP auf interkulturellem Austausch Deutschlands mit dem Rest der Welt. Im neuen Konzept wird behauptet, dass die AKBP noch zu sehr in den Strukturen der Nachkriegszeit verhaftet sei und daher den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden müsse. Im Klartext: Es wurde an die Interessen der Außenpolitik der Bundesrepublik angepasst. Es zähle allein, was Deutschland wirtschaftlich nützt. „Das ist ein gefährlicher Weg“, sagte Ulla Schmidt am Donnerstag im Bundestag, „denn damit zerstören wir das wichtigste Kapital deutscher Außenpolitik: Glaubwürdigkeit.“

Unter dem Schirm der AKBP hat Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier in seiner Amtszeit als Außenminister die Goethe-Institute neu ausgerichtet. Auch die Partnerschulinitiative und die Außenwissenschaftsinitiative wirken nachhaltig. Dadurch wurden die Außenbildungspolitik gestärkt und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik an die neuen Herausforderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen an eine sich stets wandelnde Welt angepasst.

### **Sport und Bildung kommen zu kurz**

Bis zur strategischen Umwandlung war die AKBP mehr als eine außenpolitische Methode, nämlich ein offener Austauschprozess. „Die Bundesregierung sollte wieder zum Grundverständnis der Vorgängerregierungen zurückkehren, welche die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik immer als eine dritte Säule der Außenpolitik, als Dialog und Austausch und eben nicht als Einbahnstraße betrachtet haben,“ forderte Ulla Schmidt.

In dem Papier von 2011 zur Neuausrichtung der AKBP werden einige wichtige Punkte zum Austausch kultureller Güter vernachlässigt. Darin spielen etwa die Punkte Sport und Bildung gar keine Rolle beziehungsweise nur eine untergeordnete. Auch aus Kostengründen müssten einige Anpassungen vorgenommen werden, etwa im Auslandsschulwesen, wie es in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD von 2012 heißt. Eine langfristige Planungssicherheit fehlt aber. Der Bildungsbegriff wird auf die Auswirkungen des demografischen Wandels reduziert, es geht um die Anwerbung von Fachkräften. Dass gute Bildungspolitik Friedenspolitik sei, trete in den Hintergrund, so die SPD-Anfrage.

Besonders sind die Goethe-Institute durch das neue Konzept betroffen. Viele werden geschlossen, wenige an anderen Orten neu eröffnet. Einerseits wurden die Mittel für die „Visitenkarte Deutschlands in der Welt“, wie sie die Koalition gerne betitelt, gekürzt. Andererseits häufen sich die neuen Aufgaben für das Kulturinstitut. Das Auswärtige Amt rühme sich, dass der Bildungshaushalt in der schwarz-gelben Regierungszeit um 50 Millionen Euro gestiegen sei, sagte Schmidt. Aber sie würden auch verschweigen, dass sie die zusätzlichen Mittel des Bildungsetats für das Stopfen von Haushaltslöchern nutze.

Wir bräuchten Verlässlichkeit in den finanziellen Rahmenbedingungen, die der deutsche Bundestag schaffen müsse, verlangte die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn. Die SPD drängt deshalb darauf, unter anderem die Mittel zur Sportförderung zu erhöhen, die Auslandspräsenzen in Osteuropa zu stärken, ohne andere zu schließen, oder die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die Förderung der deutschen Sprache in den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas.

Die Fraktion der Sozialdemokraten fordert, bei Programmen und Aktivitäten der AKBP von einem Grundverständnis der AKBP auszugehen, in dem es nicht allein um die Vermittlung von Werten geht, sondern um einen Wertedialog auf Augenhöhe und die AKBP nicht nur missionarisch als Sender auftritt, sondern auch Empfänger ist.

**STEUERN**

## **Aggressive Steuerplanung und Steuervermeidung internationaler Konzerne bekämpfen**

Durch die Steuervermeidung internationaler Konzerne gehen den Staaten umfangreiche Steuereinnahmen verloren. Internationale Konzerne weisen in vielen Fällen trotz hoher Gewinne niedrige Steuerquoten aus.

Diese Steuervermeidung entsteht regelmäßig durch grenzüberschreitende Verlagerung von Gewinnen in Niedrigsteuerrländer. Die benutzten Praktiken werden als Steuerplanung bezeichnet und sind zwar formal legal, stehen aber der Absicht von Steuergesetzen oftmals im Widerspruch. Die Einnahmeausfälle entziehen den Staaten dringend erforderliche Mittel für öffentliche Investitionen und die Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Gewinne werden zum Beispiel durch unangemessene konzerninterne Verrechnungspreise, Zinszahlungen oder Lizenzgebühren aus dem Quellenstaat in Staaten mit vorteilhaften Steuersystemen abgesaugt. Bei der Steuerplanung werden außerdem Unstimmigkeiten zwischen zwei oder mehr Steuersystemen ausgenutzt, um die Steuerschuld zu senken.

Angesichts der grenzüberschreitenden Dimension der Steuervermeidung haben sich die großen Industriestaaten zu einem abgestimmten Vorgehen gegen Steueroasen verpflichtet.

### **Qualifikationskonflikte lösen**

Die SPD-Fraktion fordert in einem Entschließungsantrag (Drs. 17/12819) zu einer Koalitionsinitiative, dass die Vorhaben der G20, der OECD und der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der aggressiven Steuerplanung durch die Bundesregierung konsequent unterstützt und vorangetrieben werden müssen.

Als erster Schritt müssen die bereits bestehenden Handlungsempfehlungen von OECD und Europäischer Union in deutsches Recht unverzüglich umgesetzt werden. Denn dadurch kann künftig Gewinnverschiebungen durch Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf grenzüberschreitende Vorgänge zwischen Betriebsstätte und Unternehmen entgegen gewirkt werden.

Außerdem muss die von der Gruppe Verhaltenskodex des Rates der Europäischen Union empfohlene Lösung von Qualifikationskonflikten bei sogenannten hybriden Finanzierungsinstrumenten umgesetzt werden. Solche Qualifikationskonflikte werden zur Schaffung unbesteuerter Einkünfte genutzt. Sie entstehen, wenn ein Finanzierungsinstrument im einen Staat als Fremdkapital und im anderen Staat als Eigenkapital angesehen wird.

Die Bundesregierung muss auch im nationalen Steuerrecht Qualifikationskonflikte lösen, insbesondere bei der grenzüberschreitenden Besteuerung von Personengesellschaften.

**WIRTSCHAFT**

## **Kleine und mittlere Unternehmen stärken**

Kleine und mittlere Unternehmen schaffen viele Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung. Sie profitieren jedoch weniger von der staatlichen Projektförderung als Großunternehmen. In einem Antrag fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, eine steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben einzuführen. Sie soll auf kleine und mittlere Unternehmen begrenzt sein und Innovationen fördern. Die Förderung soll nicht zulasten der

Projektförderung gehen. Stattdessen soll die bestehende Projektförderung ausgebaut werden. Grundlagenforschung und Technologietransfer müssen gestärkt werden. Zudem ist die steuerliche Forschungsförderung fortlaufend zu evaluieren.

## Maritime Wirtschaft unterstützen

Die maritime Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Der Modernisierungsprozess muss mit einer Innovationsstrategie neu ausgerichtet werden. In einem Antrag fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, einen stabilen Finanzierungsrahmen für die maritime Branche zu schaffen. Dies betrifft sowohl Reedereien und die Finanzierung neuer Schiffe als auch Werften und die Offshore-Windenergie. Darüber hinaus soll eine länderübergreifende Arbeitsgruppe Maßnahmen zur Nachwuchssicherung im Schiffsbau erarbeiten. Die Entwicklung von innovativen umweltfreundlichen Produkten und Prozessen soll gefördert werden. Der Klima- und Umweltschutz im Seeverkehr ist voranzutreiben. Und schließlich muss durch den Ausbau der Infrastruktur die logistische Anbindung der Seehäfen gesichert werden.

## Schlichtung für Luftfahrtunternehmen einführen

Im Verkehrsbereich besteht großer Bedarf an außergerichtlicher Streitbeilegung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und Unternehmen. Die Luftfahrtunternehmen haben sich jedoch bisher nicht an der Errichtung einer Schlichtungsstelle beteiligt. In dem zugehörigen Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung dazu auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Teilnahme der Luftverkehrsbranche an der verkehrsträgerübergreifenden Schlichtung sicherstellt. Unternehmen werden zu einem Schlichtungsverfahren verpflichtet, wenn sie einer Verbraucherbeschwerde nicht innerhalb von vier Wochen abgeholfen haben. Die Unternehmen sollen die Kosten der Schlichtung tragen, solange die Schlichtungsstelle nicht missbräuchlich vom Verbraucher oder der Verbraucherin angerufen worden ist. Zudem muss die Schlichtung verkehrsträgerübergreifend durchgeführt werden.

### VERANSTALTUNGEN

## Empfang: SPD-Fraktion gedenkt Otto Wels

Otto Wels war ein Mann, wie es sie nicht oft gibt - ein gradliniger, freiheitsliebender Demokrat, der bereit war, für seine Ideale notfalls mit seinem Leben einzutreten. Vor genau 80 Jahren hielt der damalige Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Reichstag seine legendäre Rede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten. Die SPD-Fraktion gedenkt ihm und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern an diesem Mittwoch.

Die Rede von Wels, gehalten unter den drohenden Augen der Nazi-Schergen, bestimmt bis heute das Selbstverständnis der Sozialdemokratie. Das Ermächtigungsgesetz bedeutete das Ende des Parlamentarismus und den Ausgangspunkt der Nazi-Schreckensherrschaft. Die Mitglieder der SPD-Fraktion - zumindest diejenigen - die noch in Freiheit waren - stimmten als einzige Fraktion gegen dieses furchtbare Gesetz.

Otto Wels ergriff stellvertretend für die Sozialdemokraten das Wort und bekannte sich in seiner mutigen Rede zu Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Demokratie. Der berühmteste Satz: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!"

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sagt: "Der mutige Einsatz unserer Genossinnen und Genossen bleibt in uns wach, auch jenseits von Jubiläumsfeiern und Jahrestagen. Sie sind und bleiben ein Vorbild für jeden von uns."

## "Parlamentarische Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit"

Die Gedenkveranstaltung zu "80 Jahre Otto-Wels-Rede" begann am Mittwochnachmittag mit einem historischen Exkurs. Frank-Walter Steinmeier erklärte, es gehe heute darum, einen Moment stehenzubleiben und innezuhalten, um an den Mann zu erinnern, der den Mut hatte, im Angesicht der drohenden Nazi-Diktatur ans Rednerpult zu treten - zur letzten freiheitlich-parlamentarischen Rede vor der Nazi-Herrschaft.

Ein Hauch von Geschichte lag über dem Fraktionssaal der SPD, als Steinmeier die Familie von Otto Wels begrüßte, die Schwiegerenkelin, die Urenkelin und den Ururenkel. Auch Bischof Markus Dröge war gekommen, sein Großvater war einer der sozialdemokratischen Abgeordneten, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten.

Frank-Walter Steinmeier konstatierte, dass Wels nicht nur Sozialdemokrat, sondern vor allem Demokrat war - und begrüßte mit diesen Worten Bundestagspräsident Norbert Lammert.

"Hätten wir, die Abgeordneten von heute, auch den Mut, den Otto Wels damals hatte?", fragte Steinmeier in den Saal. Für ihn war Wels' Rede auch ein "Zeichen für Unbestechlichkeit". Parlamentarische Demokratie sei keine Selbstverständlichkeit, sie müsse auch heute immer wieder verteidigt werden.

Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, erinnerte daran, dass keine Partei in Europa älter sei als die deutsche Sozialdemokratie. Er mahnte, wir alle müssen daran denken, was Leute wie Wels und seine Genossen damals für den Kampf um die Demokratie aufgegeben haben.

Adolf Hitler war damals der Redner nach Wels, und er verspottete den Sozialdemokraten. Seine Worte kämen "zu spät".

Gabriel: "Otto Wels, seine Rede und die Genossinnen und Genossen damals sind das stolzeste Erbe der Sozialdemokratie."

Wels habe bewiesen, dass "Herkunft nicht über Haltung entscheidet". Freiheit, so Gabriel, lasse sich nur genießen, wenn wir uns dauerhaft für sie einsetzen.

Eindrucksvoll rezitierte der Schauspieler Ulrich Matthes aus der Rede von Otto Wels am 23. März 1933. Der berühmte Historiker Heinrich August Winkler führte in einem spannenden historischen Abriss aus, wie die Weimarer Zeit zugrunde ging und wie es zur Radikalisierung der Massen kam.

Lebensnah und lebendig schilderten anschließend drei Jugendliche in einer Diskussionsrunde mit Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier, warum sie sich in Jugendparlamenten für Demokratie und Politik engagieren und für was sie sich einsetzen. Alle verwiesen darauf, dass Erfolge schon im Kleinen zu erreichen seien, etwa durch einen Antrag, ein neues Klettergerüst zu beschaffen oder einen Zebrastreifen zu bekommen. Die Themen, die Jugendliche heute bewegen, seien Themen wie Sexismus, Homophobie, aber auch Rassismus. Das Wichtigste sei es, den Jugendlichen Ängste zu nehmen, sich zu äußern, sie sollten motiviert werden, sich einzumischen. Jeder dürfe den Mut haben, seine Meinung zu sagen und sich zu engagieren.

## Feierliche Verleihung des Otto-Wels-Preises

Nach der historischen Gedenkfeier zu Ehren von Otto Wels und seinen Mitstreitern folgte am Mittwochabend der mit Spannung erwartete Höhepunkt des großen Empfangs: Hunderte Gäste waren der Einladung der SPD-Fraktion gefolgt und kamen ins Reichstagsgebäude. Frenetischer Applaus brandete im Fraktionssaal auf – der übrigens nach Otto Wels benannt ist –, als Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück die Namen derjenigen Jugendlichen nannten, die beim Otto-Wels-Preis für Demokratie die ersten drei Plätze belegt haben. Unter den Augen von Polit-, Sport- und Kulturprominenz nahmen die jungen Leute ihre Auszeichnung entgegen.

Zum ersten Mal hatte die SPD-Fraktion den Otto-Wels-Preis ausgelobt. Ziel war es, junge Leute zu motivieren, sich für Toleranz und Demokratie einzusetzen. Aus dutzenden Bewerbungen von Jugendlichen aus ganz Deutschland suchte eine Jury der SPD-Fraktion die besten zehn Bewerberinnen und Bewerber aus, die eine Urkunde bekamen. Die ersten drei erhielten zudem einen Geldbetrag, der von den Abgeordneten gestiftet wurde.

### Die Preisträger

Den dritten Platz belegte Ulrike Käcker (Schwerin). Der zuständige Abgeordnete ist Hans-Joachim Hacker. Ulrike hat von den drei alternativ gestellten Wettbewerbsaufgaben die Aufgabe „Illustration“ gewählt. Die Aufgabenstellung lautete: „Gestalten Sie eine Grafik, ein Gemälde oder eine Illustration zum Thema Otto Wels in seiner Zeit. Ihr Bild – eine Mischung aus Grafik und Collage – zeugt von einer außergewöhnlichen künstlerischen „Reife“ und einem ausgeprägten handwerklichen Können. Zweitens beeindruckt ihr Bild durch seine ausdrucksstarke Symbolik: Im Vordergrund ist Otto Wels zu sehen, hinter ihm Personen auf rotem Grund.“

Den zweiten Platz errang Johannes Waller aus München. Laudator war Klaus Barthel. Johannes hat sich für die Wettbewerbsaufgabe „Rede“ entschieden. Die Aufgabenstellung lautete: „Verfassen Sie die Rede eines fiktiven Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Jahr 2013 zum Thema ‚Demokratie‘“. Johannes hat sich sehr tiefgreifend und umfassend mit dem Thema beschäftigt und seinen Gegenstand aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Herausgekommen ist ein sprachlich ansprechender, historisch informierter und inhaltlich kritisch-reflektierender Text, in dem der Autor seine persönlichen Ideen und Gedanken zu verschiedenen Facetten des Themas zum Ausdruck bringt. Johannes' Rede ist diesem Artikel angehängt.

Der erste Platz schließlich ging an drei junge Damen: Lara Ernemann, Larissa Seruneit und Marisa Lippe. Sie besuchen die 12. Jahrgangsstufe der Höheren Berufsfachschule für Sozial- und Gesundheitswesen des Berufskollegs Stadtmitte in Mülheim an der Ruhr. Die Abgeordneten aus den Wahlkreisen sind Bärbel Bas und Anton Schaaf. Lara, Larissa und Marisa haben sich die Wettbewerbs-Aufgabe „Kampagne“ vorgenommen. Die Aufgabenstellung lautete: „Entwerfen Sie eine Kampagne, die Jugendlichen die Bedeutung des Einsatzes und Einstehens für die Demokratie vermitteln soll. Ziel soll sein, einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie zu leisten und für die Gefahren antidemokratischer Einstellungen zu sensibilisieren.“ Das Ergebnis hat die Abgeordneten gleichermaßen überrascht wie begeistert. Die Schülerinnen haben ein Spiel entwickelt: „Demopoly – ein Spiel um Widerstand und Demokratie“. Dabei geht es darum, sein Wissen über den Widerstand im Dritten Reich unter Beweis zu stellen. Die Spieler müssen zum Beispiel Fragen beantworten, etwa:

- Von wem wurde das Attentat auf Hitler in München ausgeübt?
- Wann wurde das Ermächtigungsgesetz erlassen?
- Nenne drei Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus.

Für die richtige Antwort gibt es so genannte „Wählerstimmen“. Ziel des Spiels ist es, möglichst viele Wählerstimmen zu sammeln, um die Nationalsozialisten zu bekämpfen. Der Spieler mit



den meisten Wählerstimmen gewinnt, aber alle Spieler spielen gemeinsam gegen den Nationalsozialismus.

Die Jury bewertete diese Idee als innovativ und rundum überzeugend. Die Preisträgerinnen haben sich inhaltlich sehr intensiv mit der Geschichte des Widerstands im Dritten Reich auseinandergesetzt. Sie haben sich in das Thema vertieft und ihre Erkenntnisse bei der Gestaltung des Spiels verarbeitet. Entstanden ist ein ansprechend gestaltetes Lernspiel, dem man die fundierte Beschäftigung der Schülerinnen mit dem Thema anmerkt.

Die feierliche Preisverleihung war eingebettet in ein Gespräch zwischen Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück, moderiert von Mo Asumang. Steinmeier hinterfragte dabei, warum Otto Wels in der Öffentlichkeit so wenig Beachtung findet, wieso viele seinen Namen kaum zuordnen können. Peer Steinbrück wies darauf hin, dass Sozialdemokraten wie Wels es sind, die uns alle mahnen sollten, in welcher privilegierten, weil freiheitlicher Situation wir heute in Deutschland und Europa leben.

Nach dem offiziellen Teil schloss ich bei Essen und Musik auf der Fraktionsebene der gesellige Teil des Empfangs an.

*Fotos zur Otto-Wels-Veranstaltung sind bei uns auf [www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr) und auf unserem Facebook-Account zu finden.*

## 'Fraktion kontrovers' mit Frank-Walter Steinmeier

Eine vielfältige Arbeitswelt, die Familie und Beruf fair zwischen Frauen und Männern verteilt und Familienarbeit wertschätzt, müsse auch von konkreten politischen Maßnahmen begleitet werden, darüber herrschte am Montagabend Einigkeit unter den Gästen von "Fraktion kontrovers" im Admiralspalast.

„Wenn mir jemand sagt, seine Arbeit ist wichtiger als seine Familie, würde ich denjenigen nicht einstellen“, so brachte Anne-Marie Slaughter, ehemalige Beraterin von Hillary Clinton und Professorin in Princeton, die Notwendigkeit für kulturellen Wandel in der Arbeitswelt auf den Punkt. „Wir haben ein Problem damit Personen, die für andere sorgen, zu wertschätzen“, fuhr sie fort. Nur konkrete Erwerbsarbeit würde mit Achtung belohnt, kritisierte die Amerikanerin am Montagabend in einem Debattengespräch mit Ursula Schwarzenbart, Leiterin Global Diversity Office, Daimler AG, und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier.

Die Professorin, selbst Mutter zweier Kinder, und die Diversity-Managerin eines internationalen Großunternehmens waren sich einig: die starren Strukturen der Arbeitswelt müssen weiter aufgebrochen werden – mit Engagement im Unternehmen, mit den Ideen und Wünschen der Mitarbeitenden und mit konkreter Gesetzgebung. Die angestoßenen Veränderungen in der Berufswelt vollziehen sich zu langsam. Vielfalt in Organisationen und echte Vereinbarkeit stellt sich nicht durch Warten auf den Wandel ein. Ursula Schwarzenbart beschrieb Maßnahmen, die in ihrem Unternehmen dabei den Weg weisen: Diversity-Awareness-Workshops für tausende Managerinnen und Manager zum Beispiel, Einstellungsgespräche, in denen immer Männer und Frauen zugegen sind, messbare Gleichstellungsfortschritte und Neureglungen für Erreichbarkeit nach Dienstschluss und im Urlaub. Schwarzenbart plädierte zudem für alternative Karrieremodelle, bei denen Arbeitnehmende auch Schritte zurückgehen könnten anstatt immer nur aufwärts, wenn sie es wünschten. Denn wie beide Frauen anmerkten, fällt der typische berufliche Aufstieg noch immer genau in die Phase, in der Menschen auch meist Kinder bekommen. Es müsse möglich sein auch im Alter von 40 oder 45 mit der Karriere zu beginnen, so Schwarzenbart. Slaughter merkte lachend an: „Die Frauen von heute werden locker 100 Jahre alt. Wenn ihre Karriere mit 60 vorbei ist, sitzen sie noch 40 Jahre herum.“

### Die Arbeitswelt von morgen muss politisch begleitet werden

Anne-Marie Slaughter betonte die Rolle von Männern für die Fortschritte bei der Organisation von Familie und Beruf: „In der Regel braucht es immer noch zwei Menschen, um ein Baby zu bekommen. Für die Fürsorge um das Kind muss das Gleiche gelten: zwei Personen kümmern sich zu gleichen Teilen.“ Ursula Schwarzenbart sah in dieser Hinsicht einen Wandel in der Elterngeneration: die meisten jungen Männer in ihrem Unternehmen erkundigten sich heute gezielt nach Familienfreundlichkeit.

Die Publikumsfrage, dass Frauen auf Familie programmiert seien, wies Slaughter zurück: "Wir wissen nicht, was Frauen wählen würden, wenn wir ihnen nicht alle Möglichkeiten geben." Im Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier sprachen die Gäste außerdem über feste Quoten für die Wirtschaft, den Ausbau von Kinderbetreuung, männlich geprägte Machtstrukturen und Karrierechancen für Menschen nach der ersten Familienphase. Dass der Jugendwahn in Organisationen nicht immer funktioniere, sehe man an den jungen Ministern der Koalition, ergänzte Steinmeier schmunzelnd. Die Arbeitswelt von morgen müsse unbedingt politisch begleitet werden, das Setzen auf kulturellen und gesellschaftlichen Wandel werde nicht ausreichen, so der Fraktionschef. Auch von den Tarifpartnern erwarte er hier eine aktive Rolle.

### Weitere Informationen gibt es auch hier:



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>